

„Sie wollten ein besseres Deutschland...“

- Textcollage -

Es sprachen: **Monika Mainka, Axel Gottschick, Josef Tratnik**

Am Text arbeiteten: **Ulrike Bach, Malle Bensch-Humbach, Brigitte Gensch, Irene Franken, Christiane Hoss, Klaus Stein**

März 1945

An das deutsche Volk :

Ich, General Dwight D. Eisenhower, Oberster Befehlshaber der Alliierten Streitkräfte gebe hiermit Folgendes bekannt:

Die Alliierten Streitkräfte haben jetzt deutschen Boden betreten. Wir kommen als ein siegreiches Heer: jedoch nicht als Unterdrücker. Wir werden den Nationalsozialismus und den deutschen Militarismus vernichten, die NSDAP auflösen sowie die grausamen, harten und ungerechten Rechtsätze und Einrichtungen, die von der NSDAP geschaffen worden sind, aufheben. Den deutschen Militarismus, der so oft den Frieden der Welt gestört hat, werden wir endgültig beseitigen. Führer der Wehrmacht und der NSDAP, Mitglieder der Geheimen Staats-Polizei und andere Personen, die verdächtigt sind, Verbrechen und Grausamkeiten begangen zu haben, werden gerichtlich angeklagt und, falls für schuldig befunden, ihrer gerechten Bestrafung zugeführt.

Wir Buchenwalder kämpften gemeinsam gegen die SS, gegen die nazistische Verbrecher, für unsere eigene Befreiung. Uns beseelte eine Idee:

Unsere Sache ist gerecht - der Sieg muß unser sein.

Wir führten in vielen Sprachen den gleichen harten, erbarmungslosen, opferreichen Kampf und dieser Kampf ist noch nicht zu Ende.

Noch wehen Hitlerfahnen!

Noch leben die Mörder unserer Kameraden!

Noch laufen unsere sadistischen Peiniger frei herum!

Wir schwören deshalb vor aller Welt auf diesem Appellplatz, an dieser Stätte des faschistischen Grauens:

Wir stellen den Kampf erst ein, wenn auch der letzte Schuldige vor den Richtern der Völker steht.

Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung.

Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel.

Das sind wir unseren gemordeten Kameraden, ihren Angehörigen schuldig.

Zum Zeichen Eurer Bereitschaft für diesen Kampf erhebt die rechte Hand zum Schwur und sprecht mir nach;

Wir schwören !

Die Kommunistin **Maria Fensky** erlebte den Einmarsch der US-Truppen in ihrem Trümmerversteck in der Altstadt.

„Als die Amerikaner einmarschierten, Mensch, das kann man keinem sagen, was das für ein Gefühl war. Ein Genosse hat mich geschnappt und hat mich hochgenommen: Jetzt ham wir gewonnen – wir ham’s geschafft!“

Während der NS-Zeit war Maria Fensky insgesamt fünf Jahre in Haft. Am 27. Juli 1933 hatte die Gestapo sie verhaftet, da sie Mitglied der KPD war. Sie war gerade 26 Jahre alt. Bei Verhören wurde sie so stark gefoltert, dass ein Ohr taub blieb und sie keine Kinder mehr bekommen konnte. Im Sommer 1934 verhaftete man sie erneut und verurteilte sie wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“. Nach der Zuchthaushaft im schlesischen Jauer kam sie in die Frauen-KZs Moringen und Lichtenburg. 1944, zurück in Köln, lernte sie Toni Fleischhauer kennen. Er war aus dem Messelager geflüchtet. Von da an lebte das Paar im Untergrund.

Beide begannen sofort nach der Befreiung mit der Suche nach politischen Gefährten. Vor 1933 zählte die KPD Köln ca. 4.500 Mitglieder, - nur wenige lebten 1945 noch in der Stadt. Maria Fenskys Wohnung in der Domstraße wurde zur Anlaufstelle für zurückkehrende Genossinnen und Genossen. Es herrschte eine ungeheure Aufbruchstimmung.

„Die Genossen, die hier illegal in Köln lebten, hatten schon kurze Zeit später eine Besprechung in einer Werkstatt in der Balduinstraße. Wir waren so zwanzig. Und dann haben wir überlegt, was können Kommunisten jetzt tun. Der Krieg ist zuende, also was muss geschehen.

Ja, Trümmer müssen weg, aufgebaut werden muss. Wohnungen müssen ran. Es muss irgendwie gesorgt werden, wenn unsere Genossen zurückkommen, dass die irgendwo unterkommen können.“

Einer von ihnen, Hermann Zilles, gelangte nach seiner Befreiung aus dem KZ Buchenwald früh in seine Heimatstadt. Er erreichte bei der Stadtverwaltung, dass die Kölner Buchenwald-Häftlinge mit städtischen Lastwagen nach Köln zurückgeholt wurden. Die Rückkehr der Befreiten löste eine spontane Kundgebung aus - die erste nach 12 Jahren Diktatur.

„Am 21. Mai kamen die Buchenwalder. Das sind so Daten, die vergesse ich wahrscheinlich nie. Auf jeden Fall – sie waren wieder da, wenn auch die meisten als Skelett. Und kurze Zeit später fing die politische Arbeit wieder richtig an.“

Im Juli 1945 fand die erste Zusammenkunft der KPD in einer Gaststätte in Ossendorf statt. Die Genossen diskutierten den Beschluss des Zentralkomitees ihrer Partei vom Vormonat. Über die Zukunft Deutschlands hieß es:

„... dass der Weg, Deutschland das Sowjetsystem aufzuzwingen, falsch wäre. Wir sind vielmehr der Auffassung, dass die entscheidenden Interessen für Deutschland einen anderen Weg vorschreiben und zwar den Weg der Aufrichtung eines antifaschistischen, demokratischen Regimes, einer parlamentarisch-demokratischen Republik mit allen demokratischen Rechten und Freiheiten für das Volk.“

Im Oktober fand in der Aula der Universität die erste öffentliche Mitgliederversammlung der KPD statt. Maria Fensky hielt eine Rede, die sich besonders an die Frauen richtete:

„Ein großer Teil der Frauen hat sich vor 1933 nicht um Politik gekümmert, weil sie ihnen „uninteressant“ war; andere wieder, weil sie die Politik für „Männersache“ hielten. Durch die lange Arbeitslosigkeit und die damit verbundene Verelendung war das Interesse der meisten Frauen nur auf das Nächstliegende gerichtet.“

„Die größten Schäden ... sind nicht die Trümmer; viel schlimmer noch sind die moralischen Schäden, die Hoffnungslosigkeit und Müdigkeit der Menschen und die Angst vor der Verantwortung. Räumen wir zuerst einmal mit dem geistigen Schutt auf. Erst wenn wir dann wirklich frei sind davon, haben wir alle Kräfte frei für den Wiederaufbau.“

Der 24-köpfigen Stadtverordnetenversammlung, die Anfang Oktober von der Besatzungsmacht eingesetzt wurde, gehörten sechs Kommunistinnen und Kommunisten an, darunter Maria Fensky. In ihren Reden attackierte sie immer wieder die mangelnde Durchsetzungskraft der Verwaltung gegenüber alten Nazistrukturen. So auch auf der Sitzung vom 15. November 1945:

„Die Frage, die heute am meisten beschäftigt, ist – Wie kommen wir über diesen harten Winter? Für uns alle kommen hier die Folgen von Faschismus und Krieg am spürbarsten zum Ausdruck. Wenn heute vielfach negative Kritik geübt wird – meist mit dem Ausspruch: Wir hatten bei Hitler mehr zu essen! - dann liegt das wohl an zweierlei. Erstens sind da die Nazis, die bewusst jede Aufbaurbeit zu hemmen und zu sabotieren versuchen. Dann ist da

aber noch ein anderer Kreis, der dem deutschen Volk einzureden versucht, es sei nicht schuld an dem, was war und ist, der damit die Arbeitsunlust und den Widerstand der Bevölkerung steigert und sie dazu bringt, daß sie glaubt, es geschähe ihr bitteres Unrecht.... Wenn die Faschisten alle an die Arbeit gestellt würden, so wäre das nicht nur ein Sieg über den Schutt und Dreck, ...“.

KÜTTER

- ◆ **Frage: Und was war mit Ferdinand Kütter? Dieser Kölner Gestapo-Kommissar hatte nicht nur seit 1933 Nazi-Gegner grausam verfolgt, sondern ließ noch bei Kriegsende mit seinem Kommando Hunderte verhaften, grausam foltern und umbringen, darunter Zwangsarbeiter und Edelweißpiraten.**
- ◆ **Antwort: Er entzog sich der Verurteilung: Am 12. April 1945 tötete er sich selbst.**

Unmittelbar nach ihrer Ankunft begann die US-Armee mit dem Aufbau einer Stadtverwaltung. Doch sie fand in Köln keine Verantwortlichen, die Spitzen der Stadtverwaltung waren mit der gesamten Nazi-Führung geflohen.

Auf der vom US-Geheimdienst zusammengestellten „Weißen Liste“ vertrauenswürdiger Deutscher waren für Köln acht Personen aufgeführt, darunter der sozialdemokratische Gewerkschaftsführer Hans Böckler und Konrad Adenauer, Mitglied der früheren katholischen Zentrumspartei und vor dem Krieg Kölner Oberbürgermeister.

Deshalb baten die US-Militärs Adenauer, wieder die Leitung der Stadtverwaltung zu übernehmen. Ihre Vorgaben lauteten:

*„Aufrechterhaltung von Recht und Ordnung,
Beseitigung des Nazismus und Militarismus,
Entlassung aller Nazis .“*

Daraufhin wurden alle städtischen Beamten, Angestellten und Arbeiter entlassen, die in der NSDAP, SS und SA gewesen waren. Von den Beamten blieben nur etwas mehr als 10% übrig. Ähnlich verhielt es sich bei den Angestellten.

Die Entnazifizierung in Köln hatte begonnen.

Der Wille, in Köln politisch neu anzufangen, trieb auch die ehemaligen Buchenwaldhäftlinge an. Unmittelbar nachdem sie am 21. Mai zurückgekehrt waren, wandte sich ihr Sprecher Hermann Zilles an Adenauer:

„Die Tatsache, daß wir wegen unseres Kampfes gegen das Nazi-Verbrechertum jahrelang in den Konzentrationslagern und Zuchthäusern gesessen haben, gibt uns nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, mitverantwortlich am Wiederaufbau unserer Vaterstadt Köln zu arbeiten.“

Zilles übergab Adenauer eine Liste von 15 Buchenwaldern, die für leitende Posten bei Stadtverwaltung und Polizei geeignet seien.

Der Oberbürgermeister erklärte zwar seine Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit allen Nazigegnern, doch mußten diese sehr bald feststellen, dass Adenauer, der selbst nie im Widerstand gewesen war, schon alle wichtigen Posten in der Kölner Stadtverwaltung an ihm nahe stehende Personen vergeben hatte.

Ähnliche Erfahrungen machte der führende Kölner Sozialdemokrat Robert Görlinger, als er nach Köln zurückkehrte. Er hatte noch kurz nach seiner Befreiung aus einem Außenlager des KZ Sachsenhausen in Schleswig an die Militärverwaltung geschrieben.

„Ich habe nur einen Wunsch, sobald als möglich nach Köln zu kommen, um mitzuarbeiten an der Reinigung des öffentlichen Lebens von dem Nazismus in jeder Form und am Wiederaufbau eines demokratischen Lebens.“

Schon zwei Wochen nach seiner Rückkehr im Juli 45 traf Görlinger Adenauer und warf ihm vor:

„Das frühere Zentrum dominiert absolut in der Stadtverwaltung. Sie haben nicht die Voraussetzungen geschaffen für eine Zusammenarbeit aller antifaschistischen und demokratischen Kreise der Bevölkerung.“

Ein halbes Jahr später stellte Hermann Zilles in der Stadtverordnetenversammlung fest:

„Dieselbe Stadtverwaltung, die sich eifrig um die Wiedereinsetzung von Nationalsozialisten bemüht, hat von der Liste der Buchenwalder sage und schreibe vier Kameraden in den Dienst der Stadtverwaltung eingestellt.“

Wichtige Posten waren das nicht. Es handelte sich um eine Beschwerdestelle beim Wohnungsamt, eine Stelle beim Friedhofsamt und ähnliches.

Und in einem Bericht an die Militärregierung stellte Görlinger über die Kölner Stadtverwaltung fest, dass

„eine große Anzahl von führenden Katholiken ... [die] mit Billigung katholischer Kreise der NSDAP beigetreten waren und nun unter der Begründung, dass sie als Verwaltungsfachleute nicht entbehrt werden könnten, wieder in die Verwaltung zurückgeholt werden sollen.“

Das entsprach auch der neuen Praxis der Militärregierung. Sie gab Adenauer sogar Anweisung, ehemalige Parteigenossen einzustellen, die seiner Überzeugung nach unbelastet waren.

Dagegen erhob sich nur einmal sichtbarer Protest. Als beim städtischen Fuhrpark gegen den Willen der Belegschaftsvertretung ein ehemaliges NSDAP-Mitglied Direktor werden sollte, traten alle 850 Arbeiter geschlossen in den Streik.

Was 1945 als Entnazifizierung der Stadtverwaltung begann, endete 1949 so: Von den rund 4000 entlassenen Parteigenossen wurde mit der Zeit ein gutes Drittel wieder eingestellt, darunter sogar mehr als 700 „alte Kämpfer“, die schon vor der Nazi-Machtübernahme überzeugte Nationalsozialisten gewesen waren, jetzt aber lediglich als „Mitläufer“ oder sogar als unbelastet eingestuft wurden.

HOEGEN

- ◆ **Frage: Und was war mit Josef Hoegen? Der Gestapo-Beamte Hoegen war anfänglich nur für die Verfolgung von Kommunisten, später auch für die aller Nazi-Gegner verantwortlich. Seine Grausamkeit war überregional bekannt.**
- ◆ **Antwort: Der Gestapobeamte konnte zunächst fliehen, wurde aber im September 1945 von den Alliierten festgenommen und interniert. Der Hauptangeklagte von insgesamt fünf Kölner Gestapo-Mitarbeitern kam vor das Schwurgericht des Kölner Landgerichts. Der Staatsanwalt forderte lebenslänglich wegen Verbrechen gegen die Menschheit, Aussageerpressung und Körperverletzung im Amt. Das Gericht verurteilte Hoegen Ende 1949 aber nur zu neun Jahren Zuchthaus. Das löste in Köln eine Welle der Empörung aus. Auf einer Protestkundgebung gegen das Urteil erklärten Gewerkschaftsausschüsse, Betriebsräte, die Synagogengemeinde und die Verfolgtenverbände: „Dieser Prozess hat ... bewiesen, dass die Justiz ... vor den Verbrechen der Nazis beide Augen verschlossen hat.“ Hoegens Anwälte stellten Gnadengesuche, der zuständige Staatsanwalt empfahl seine vorzeitige Entlassung zum Dezember 1953, da – so das Argument – „das Zuchthaus für ihn doch eine schwere seelische Belastung bedeute“. 1953 war Hoegen wieder ein freier Mann und arbeitete unbehelligt als selbständiger Kaufmann in Köln. 1973 starb er im Alter von 75 Jahren.**

Eine ganz andere Art von Stadtverwaltung, und zwar von unten, bauten Gewerkschafter, Sozialdemokraten und Kommunisten direkt nach der Befreiung des rechtsrheinischen Industriegebietes auf.

Auf Stadtebene nahmen sie in „Ortsausschüssen“ die Beseitigung der schlimmsten Kriegsfolgen selbst in die Hand.

Sie versuchten, mit Schippen und Handkarren so gut wie möglich die ersten Trümmer zu beseitigen, reparierten notdürftig Gas-, Strom- und Wasserleitungen, besorgten Nahrung wie Kartoffeln, Obst und Getreide.

Der Ortsausschuss Köln-Ostheim z. B. bewegte ortsansässige Bauern, 200 Zentner Kartoffeln zusätzlich anzupflanzen.

Freistehende Wohnungen wurden registriert, zerstörte Unterkünfte repariert, Baracken errichtet und ehemalige Nazis gezwungen, in ihren Wohnungen zusammenzurücken und Ausgebombte aufzunehmen. Auf diese Weise besorgten die rechtsrheinischen Ortsausschüsse in weniger als einem halben Jahr 10.000 Menschen eine Unterkunft, wozu die städtische Verwaltung nicht in der Lage gewesen war.

Hier engagierte sich ganz besonders **Willi Schirmmacher**.

Er war wegen Widerstandstätigkeit 1935 verhaftet und 1936 vom Volksgerichtshof zu sechs Jahren Haft verurteilt worden. Nach seiner Gefangenschaft im Moortlager Papenburg sowie im Zuchthaus Dieburg war er nach Köln zurückgekehrt. Die Gestapo hatte ihm ein nächtliches Ausgehverbot und die Verpflichtung auferlegt, sich zweimal wöchentlich zu melden.

Als einer von wenigen Sozialdemokraten erhielt Willi Schirmmacher 1945 ein Amt und wurde Direktor des Arbeitsamtes Mülheim. In den Ortsausschüssen kümmerte er sich um die Arbeitseinsätze.

„Na ja, wir drückten schon mal den Daumen drauf. Wenn der Ami kam, oder wenn die Polizei kam und verlangte, die Kloanlagen müssen gesäubert werden. Ja, wen schicke ich dahin? Soll ich meine Mutter hinschicken? Da habe ich die NS-Frauen 'rangeholt, und die haben dann eine Woche am Bahnhof und am Wiener Platz die Kloanlagen gesäubert.“

Schirmmacher ging es vor allem darum, Gerechtigkeit herzustellen und ehemalige Nazis zur Arbeit heranzuziehen.

„Die Amerikaner kamen jeden Morgen und verlangten Arbeitskräfte, für Aufräumarbeiten, vor allem aber für den Brückenbau. Wir hatten jeden Morgen in allen rechtsrheinischen Vororten die Nazis zum Arbeitsamt bestellt. Alle Nazis mußten 48 Stunden schippen, die anderen 24 Stunden. Und natürlich gab es Pgs, die sich schämten, die Schüppe in die Hand zu nehmen, aber da hatte ich nichts mit zu tun.“

Es gab in Köln 30 Ortsausschüsse, die sehr erfolgreich selbständig arbeiteten. Dadurch hatten sie bei der Bevölkerung hohes Ansehen. Politisch waren sie zum größten Teil links orientiert, deshalb versuchte die Stadtverwaltung, sie sich unterzuordnen. Die meisten Ortsausschüsse sahen unter diesen Bedingungen keinen Sinn mehr in ihrer Arbeit und lösten sich selbst auf.

Die Kölner Industriebetriebe zu entnazifizieren, setzten sich die Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter zum politischen Ziel.

Sie forderten:

„Völlige Entnazisierung von Staat, Stadt, Gemeinde, der Industrie und Wirtschaft, der Betriebe, des Gewerbes und des Handels

- *als Wiedergutmachung und*
- *als Grundlage für den Wiederaufbau...*

Wir werden wägen zwischen Schuld und Zwang. Wir werden nicht die Kleinen hängen und die Grossen laufen lassen.“

Das versuchten sie in den Betrieben, in denen sie jetzt wieder stark waren, zum Beispiel in der Kabelfabrik von Felten und Guillaume und im Carlswerk in Mülheim. Sie konnten durchsetzen, dass der von ihnen gebildete Betriebsausschuss zu allen Personalangelegenheiten gefragt werden musste. Hier waren im Dezember 1945 deshalb nur noch 2,3% der Beschäftigten ehemalige NSDAP-Mitglieder.

Mancher belastete Betriebsleiter wurde allerdings einfach für die bitter nötige Produktion gebraucht, da die Betriebsarbeiter nicht genügend zu essen hatten. Im Mai 1947 gingen deshalb die Kölner Gewerkschaften an die Öffentlichkeit:

„Körperlicher Zusammenbruch der Arbeiter an den Arbeitsstellen, Ohnmachtsanfälle in großer Zahl und Unglücksfälle aller Art durch tagelanges Nüchternsein...führten in den letzten Tagen zu großen Unruhen in den Betrieben der Kölner Industrie. So kam es zu Arbeitsniederlegungen ernster Art. Nur mit größter Mühe war es den Betriebsräten möglich, die Belegschaften wieder an die Arbeit zu bringen.“

Die Kölner Linde-Eismaschinenfabrik z.B. war fast ganz zerstört, sodass Fleisch nicht mehr eingefroren werden konnte und verdarb. Als der zuständige Direktor, ein ehemaliges NSDAP-Mitglied, vor dem Entnazifizierungsausschuss erschien, soll der Kommunist Hein Niesen zu ihm gesagt haben:

„Hören Sie mal, das ist eine ganz einfache Geschichte. Sie sind von uns beauftragt, die Maschinen wieder in Ordnung zu bringen. Wenn Sie mir in sechs Wochen berichten können, dass man wieder Fleisch einfrieren kann, dann sind Sie entnazifiziert.“

Nach sechs Wochen liefen die Maschinen wieder, und der Direktor konnte im Betrieb bleiben.

ISSELHORST

- **Frage: Und was war mit Isselhorst, der als Vorgesetzter letztlich für die Folterungen und Morde der gefürchteten Gestapo-Kommandeure Kütter und Hoegen verantwortlich war?**
- ◆ **Antwort: Dr. Erich Isselhorst wurde als Schreibtischtäter für deren Taten nicht belangt. Da er aber im Krieg als SS-Kommandeur für mehrere Massaker verantwortlich gewesen war, wurde er dafür von einem alliierten Militärgericht zum Tode verurteilt und hingerichtet.**

Obwohl in den ersten Monaten nach der Befreiung ein Parteienverbot der Alliierten bestand, bereiteten die Sozialdemokraten im Juni die Wiederbegründung ihrer Partei in Köln vor. Ihr Vorschlag für ein neues Parteiprogramm enthielt die Forderungen:

Alle Nationalsozialisten, ihre Wegbereiter und Förderer sind von allen öffentlichen Diensten auszuschließen.

Der öffentliche Besitz an Produktionsmitteln ist systematisch auszubauen. Zu diesem Zwecke sind in die öffentliche Hand zu überführen:

- die Grundstoffindustrie (Bergbau, Eisen- und Metallerzeugung)
- die gesamten Versorgungsbetriebe (Gas-Wasser- und Elektrizitätswerke)
- der gesamte Güterverkehr und Personenmassenverkehr
- alle Großbanken und größeren Kreditinstitute
- das gesamte Versicherungswesen

Am 29. September 1945 wurde in der Universität die Kölner SPD wiederbegründet.

GEGUSCH

- ◆ **Frage: Und was war mit Horst Gegusch? Der Gestapomann hat auf Befehl Kütters einen sowjetischen Zwangsarbeiter erschossen, weil Gegusch die bei der Folter zugefügten eiternden Wunden zu sehr stanken.**
- ◆ **Antwort: Bei Kriegsende tauchte Horst Gegusch unter und blieb unter falschem Namen unbehelligt, bis er 1966 einen Rentenantrag stellte und so identifiziert wurde. 1970 wurde er in Köln vor Gericht gestellt. Da die Richter seine Tat nur als Totschlag gewichteten, und diese Tat inzwischen verjährt war, verließ der Folterer das Gericht als freier Mann.**

Der Gymnasiallehrer **Leo Schwering** gehörte zu den Gründern der neuen Partei CDU.

Vor 1933 war er Landtagsabgeordneter der Zentrumspartei und überzeugter Anhänger der Weimarer Republik. 1934, mit 51 Jahren, wurde er wegen politischer Unzuverlässigkeit zwangsweise pensioniert. Mit Rücksicht auf seine große Familie vermied es Schwering, in zu engen Kontakt mit Widerstandsgruppen aus dem Umfeld der katholischen Arbeiterbewegung zu treten.

Als Folge des Attentats auf Hitler am 20. Juli wurde er wie fast alle noch lebenden Abgeordneten der Weimarer Republik im August 1944 verhaftet

Für vier Tage war er im EI-DE-Haus, dann im Polizeihilfsgefängnis in der Messe. Hier hatte er zum ersten Mal persönliche Begegnungen mit Kommunisten, die ihn sehr beeindruckten.

Nach Schwerings Rückkehr aus der Haft wurde ihm die Aufgabe übertragen, als Bibliotheksdirektor die städtischen Volksbüchereien zu reorganisieren. Dort musste vor allem die Naziliteratur aussortiert werden.

Mitte Mai begann Leo Schwering das eigene Ziel einer Parteinuugründung zu verfolgen. Er traf den Sekretär der früheren Zentrumspartei, Peter Josef Schaeven. Dieser übergab ihm einen Programmentwurf für eine christliche Volkspartei. Für Schwering stand fest:

„daß man in einer solchen Atmosphäre nicht unpolitisch bleiben konnte. Menschen, die sich bis dahin zurückgehalten hatten, traten an uns heran und forderten uns zum Handeln auf.“

Sein Versuch, Adenauer zur Teilnahme an der Parteigründung zu bewegen scheiterte. Zu seiner großen Enttäuschung lehnte Adenauer ab und wartete, ob sich die Zentrumspartei wieder durchsetzen würde. Verständlicherweise war Schwering danach nicht mehr gut auf Adenauer zu sprechen. In seinem Tagebuch notierte er:

„Mich selbst geht er nie an und ich ihn auch nicht. Mir ist der gefühlskalte und berechnende Mann, der nach meiner Meinung nur seinen Ehrgeiz befriedigt, nie sympathisch gewesen, und so lasse ich ihn genauso liegen wie er mich.“

Am 17. Juni 1945 beschlossen 18 ehemalige Zentrumsmitglieder die Gründung der Christlich-demokratischen Volkspartei.

Waren auch die Teilnehmenden ohne Ausnahme Katholiken, so stand am Ende dieser Zusammenkunft die Entschließung, eine interkonfessionelle Partei zu gründen.

Schwering stellte von ihm verfasste „Kölner Leitsätze“ vor, einen 29-Punktecatalog zur Neukonstituierung einer christlichen Partei.

Getreu seinen Erkenntnissen aus dem Messelager sprach er in der Präambel erstmals davon, dass ein Christentum ohne 'weitgehenden Sozialismus im edelsten Sinne' undenkbar sei.

In den Leitsätzen hieß es unter anderem:

„Der Nationalsozialismus hat Deutschland in ein Unglück gestürzt, das in seiner langen Geschichte ohne Beispiel ist. Nie wäre dies alles über uns gekommen, wenn nicht weite Kreise unseres Volkes von einem habgierigen Materialismus sich hätten leiten lassen. So erlagen allzu viele der nationalsozialistischen Demagogie. Ohne eigenen sittlichen Halt verfielen sie dem Rassenhochmut und einem nationalsozialistischen Machtrausch

Die 'Kölner Leitsätze' gewannen in ganz Deutschland schnell eine große Popularität. Bis zum Jahresende waren 100 000 Exemplare verteilt.

Im Spätsommer 1945 erlaubten die Alliierten in den Westzonen die Gründung von politischen Parteien. Schwering und zwei politische Freunde beantragten die entsprechende Lizenz. Bei der Gründung der neuen Partei wurde Schwering zum Vorsitzenden des Landesverbandes Rheinland gewählt.

Adenauer – der zunächst die Parteigründer als politische Leichtgewichte eingeschätzt hatte, die die Sache nicht zum Erfolg führen konnten, ließ sich - in Abwesenheit - in den siebenköpfigen Parteirat wählen. In der nun etablierten CDU, wie sie ab Dezember 1945 hieß, war Adenauer fortan bestrebt, den christlich-sozialistischen Ton zurückzudrängen, - gemäß seinem Credo:

„Mit dem Wort Sozialismus gewinnen wir fünf Menschen und zwanzig laufen weg.“

Zu Beginn des Jahres 1946 meldete er seine Kandidatur für den Vorsitz der rheinischen Landespartei an und verdrängte bei einer manipulierten Kampfabstimmung den Vorsitzenden Leo Schwering.

Adenauer steuerte die CDU in die Richtung einer bürgerlichen Sammlungspartei. Im Gegensatz zu Schwering lehnte er eine Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten ab. Immerhin war der Flügel um die sich konstituierenden Sozialausschüsse stark genug, um auch weiterhin eine Ausrichtung auf einen „Sozialismus aus christlicher Verantwortung“ zu verlangen. Im Ahlener Programm von 1947 forderte die CDU die „Überwindung von Kapitalismus und Marxismus“.

Schwering wurde der Chronist der CDU. Er sprach sich später immer dagegen aus, erst den Juni 1945 als Gründungsdatum der CDU zu betrachten. Denn sie sei entstanden:

„in den Widerstandsgruppen und in den Konzentrationslagern [...], wo christliche Politiker [...] in gemeinsamer Verfolgung, sich in dem Ziele gefunden hatten, in Zukunft nicht wieder gegeneinander zu stehen, sondern sich zu einer großen Partei zusammenzuschließen, die allein imstande sein könnte, das deutsche Schicksal zu meistern und das deutsche Volk vor dem Bolschewismus zu bewahren.“

HIRSCHFELD

- ◆ **Frage: was war mit Walter Hirschfeld? Er gehörte ebenfalls zum Kommando Kütter. Im Herbst 1944 erschoss er den 16-jährigen Edelweißpiraten Hans Baltzer auf der Piusstraße. In Brauweiler tötete er einen Häftling und noch im Februar 1945 erschoss er die 21-jährige russische Zwangsarbeiterin Nina Sawina.**
- ◆ **Antwort: 1947 war er für den Mord an der Zwangsarbeiterin von einem britischen Militärgericht zum Tode verurteilt worden, aber schon nach einem Monat erfolgte die Begnadigung zu sechs Jahren Gefängnis. 1949 verurteilte ihn das Kölner Landgericht für die beiden anderen Morde zu vier Jahren Gefängnis, die durch den Bundesgerichtshof auf drei Jahre herabgesetzt wurden. Abermals protestierten Opfer der Kölner Gestapo gegen die in ihren Augen zu geringe Strafe.**

Ebenfalls eine Zukunftshoffnung aus Haft- und Exilzeiten war die Gründung einer gemeinsamen antifaschistischen Organisation, der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - VVN am 3. Februar 1947.

„In den Gefängnissen, Zuchthäusern und Konzentrationslagern lernten Menschen aus allen Ländern das Schreckensregime des nazistischen Terrors kennen... Die gemeinsamen Leiden, der gemeinsame Kampf in den Zuchthäusern und Konzentrationslagern hat die Männer und Frauen zu einer Schicksalsgemeinschaft zusammengeschweißt. Über alle Parteien, Rassen und Konfessionen hinweg schließen wir uns zu einer überparteilichen Organisation zusammen...“

- um die Bevölkerung, insbesondere die Jugend, über die faschistischen Verbrechen zu unterrichten.
- um den tapferen, opferreichen Kampf der deutschen Widerstandsbewegung aufzuzeigen und zu würdigen.
- um den Kampf gegen alle Reste des Nazismus und der Rassenlehre, des Militarismus und der Reaktion, systematisch zu führen.
- um die Wiedergutmachung der schlimmsten Schäden an Gesundheit und die Sicherung der Existenz der Verfolgten zu erstreben.

Zum 1. Vorsitzenden wurde der Sozialdemokrat Hein Hamacher gewählt. Beisitzer waren Vertreter der Parteien KPD, SPD und CDU, so Hein Gérard, Bruno Scharff und Hanna Gerig. Hinzu kam Sally Kessler als Vertreter der Synagogen-Gemeinde.

Die VVN unterstützte die Verfolgten, ihre Forderungen bei Wohlfahrts- und Entschädigungsämtern durchzusetzen. Sie forderte die Mitglieder auf, alle Dokumente der Verfolgung zu sichern und Berichte über eigene Misshandlungen zu erstellen. Damit lieferten sie die Beweise, die die Staatsanwaltschaften benötigten, um Anklage gegen die Gestapo Köln zu erheben.

Die Gemeinsamkeit der Antifaschisten war nicht von Dauer. Im Mai 1948 beschloss der Parteivorstand der SPD, dass die Mitgliedschaft in der VVN mit der in der SPD unvereinbar sei. 1950 gab auch die CDU die Losung aus, ihre Anhänger müssten aus der VVN austreten. Der Sozialdemokrat Alfred Müller erinnerte sich:

„Nach dem Krieg haben sich die ehemaligen Verfolgten ja zunächst in der VVN zusammengefunden. Die Bevormundung, die im Laufe der Zeit durch die KPD erfolgte, schmeckte mir nicht. Es kam dann ja auch zur Trennung von der VVN, und die Sozialdemokraten haben ihre Arbeitsgemeinschaft gegründet. ... Unser erster Vorsitzender war der Hein Hamacher, danach kam Willi Schirmmacher, dann Sally Kessler.“

Der ehemalige Buchenwaldhäftling Kurt Bachmann beschrieb den Zerfallsprozess so: *Das war ein Prozeß des sich allmählichen Entfernens in dem Maße, wie die CDU sich von ihrem „Ahlener Programm“ zu lösen begann, wie die alten Macht- und Besitzverhältnisse in der Bundesrepublik wiederhergestellt wurden. In dieser Frage gab es die entscheidenden Differenzen. In Buchenwald hatten wir eine Aktionseinheit, ein Bündnis, sogar eine Volksfront gegründet, bei tiefen Unterschieden in Detailfragen, aber einig in den Hauptfragen. Ein Staat muß demokratisch, nicht monopolistisch sein. Antifaschismus enthält also auch ein Element antimonopolistischer Politik.*

Leo Schwering fragte in einer Rede vor der VVN 1948:

„Warum sind die politisch Verfolgten so unbeliebt? ... Da ist die ganze Atmosphäre, in der wir leben mussten, KZ, Gefängnisse, Zuchthäuser. Dieses Milieu ist ... reichlich unbürgerlich, also verdächtig. ... Ich möchte geradezu sagen, das es heute Menschen gibt, denen wir und unser Streben überhaupt unheimlich ist. Weil wir die Stimme unseres Gewissens vernahmen, darum widerstanden wir ... ; gerade darum bleiben wir den innerlich schuldbewussten Teilen unseres Volkes ein ständiger Vorwurf.“

LISCHKA

- **Frage: Und was war mit Kurt Lischka?**

Der war zwar 1940 nur für einige Monate Kölner Gestapo-Chef in Köln, aber für die Deportation der nordfranzösischen Juden und Jüdinnen nach Auschwitz verantwortlich.

Antwort: Lischka lebte Jahrzehnte lang unbehelligt in Köln. Überlebende französische Opfer und ehemalige Kölner Widerstandskämpfer forderten immer wieder einen Prozess gegen ihn. Obwohl er 1950 in Frankreich in Abwesenheit zu lebenslänglicher Zwangsarbeit verurteilt worden war, weigerte sich die Bundesrepublik, ihn an Frankreich auszuliefern. Erst 1971, nachdem Beate und Serge Klarsfeld versucht

hatten, ihn von Köln nach Frankreich zu entführen, änderte die Bundesrepublik den so genannten "Überleitungsvertrag zur Strafverfolgung von NS-Verbrechen". 1979 konnte Lischka endlich zusammen mit seinen Mitarbeitern Hagen und Heinrichsohn vor dem Kölner Landgericht der Prozess gemacht werden. Er wurde zu zehn, Hagen zu zwölf und Heinrichsohn zu 6 Jahren Haft verurteilt. Das war der letzte große Prozess gegen NS-Verbrecher in Köln.

Sie wollten ein besseres Deutschland. Die 1945 befreiten Nazigegner- und -gegnerinnen und die später aus dem Exil Zurückgekehrten meinten, wie Maria Fensky sagte, sie hätten es nun geschafft. Sie sahen sich als die Sieger. Die militärischen Sieger glaubten sie auf ihrer Seite. In vielem traf das zu, wie die Eisenhower-Proklamation gezeigt hatte.

Alle Befreiten waren trotz unterschiedlicher Ziele einig, dass Nationalsozialisten keinen Einfluss mehr haben und aus den Verwaltungen entfernt werden sollten, dass Verbrecher bestraft werden müssten. In Wirtschaft und Gesellschaft sollte das Gemeinwohl Vorrang haben vor dem Gewinn, für die meisten hieß das: Sozialismus. Auch über die Notwendigkeit der Entschädigung für NS-Opfer bestand dieser antifaschistische Konsens.

Es zeigte sich bald, dass, wenn die Nazigegner und -gegnerinnen auch nicht mehr verfolgt wurden, so doch das geblieben waren, was sie vor 45 gewesen waren: eine Minderheit. Eine Minderheit in einer Bevölkerung, die ihnen gegenüber feindselig oder gleichgültig eingestellt war. Ein besseres Deutschland? „Unter Hitler hatten wir mehr zu essen!“ So sprachen die Wählerinnen und Wähler. Die waren vielleicht inzwischen keine begeisterten Nationalsozialisten mehr. Aber in einer Umfrage von 1946 hielten zwei Drittel den Nationalsozialismus für eine gute Sache, die nur schlecht ausgeführt wurde.

Gegen diese Stimmung der Bevölkerung sollten die neugewählten Landtage und die Justiz die Vorgaben der Alliierten umsetzen:

- *Strafverfolgung und Aburteilung der NS-Verbrecher und -Entfernung von Nazis aus Verwaltung und anderen Berufsgruppen*
- *Rückerstattung des geraubten Eigentums an die Verfolgten*
- *Entschädigung der Verfolgten für Schäden an Freiheit und Gesundheit*

In Wirklichkeit debattierten die Landtage aber vor allem über die Forderungen der Kriegsverletzten, der Witwen und Waisen, der Vertriebenen, Flüchtlinge und Ausgebombten, weniger über die Forderungen der NS-Verfolgten. Auch beide Kirchen forderten schon vor Gründung der Bundesrepublik, mit der Entnazifizierung müsse Schluss gemacht werden:

„Es ist Zeit, das deutsche Volksleben wieder unter das Zeichen der Versöhnung zu stellen.“

Zu dieser Zeit verloren die Antifaschisten auch den Rückhalt bei der Militärregierung. Teils, wie wir gesehen haben, weil die praktischen Probleme des Überlebens sich nicht ohne die alten Eliten lösen ließen, teils weil im Kontext des kalten Krieges die Westalliierten um die 1949 gegründete Bundesrepublik als Bündnispartner warben. In Bund, Land, Kommune, in Wirtschaft und Gesellschaft wurden Kompromisse geschlossen, die zunehmend stärker die Interessen der alten Nazis berücksichtigten, die sich als „Entrechtete“ bezeichneten.

Viele Antifaschisten resignierten, zogen sich ins Privatleben zurück und kümmerten sich um den Aufbau ihrer beruflichen Existenz. Andere machten weiter auch in den 50er Jahren. Man ließ ihnen einen gewissen Freiraum - in Zeitschriften oder in den Nachtprogrammen im Radio. Sie engagierten sich in der Politik oder im Sozialbereich, bei Wohlfahrts- und Wiedergutmachungsämtern.

Den Kommunisten unter ihnen wurden all diese Möglichkeiten bald genommen, die KPD 1956 verboten, ihre Anhänger von der Justiz verfolgt und bestraft. Ihre Strafen verbüßten sie oft in denselben Zuchthäusern, in denen sie bereits in der Nazizeit eingesessen hatten.

Es dauerte lange, bis die Nazigegnerinnen und -gegner Verbündete fanden. Das war erst in der nächsten Generation.